

II-9293 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4555 J

1993 -03- 3 0

## ANFRAGE

der Abgeordneten Svihalek  
und Genossen  
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales  
betreffend "Meldung offener Arbeitsstellen durch Unternehmer "

Immer wieder stehen die Leistungen der Arbeitsmarktverwaltung im Vordergrund der öffentlichen Diskussion. Dabei stellt sich heraus, daß zwischen den betroffenen Anspruchswerbern der AMV große Interpretationsunterschiede auftauchen. Vor allem viele Unternehmer klagen über mangelnde Vermittlung von Stellensuchenden durch die AMV.

Gerade in letzter Zeit hat sich jedoch herausgestellt, daß viele Betriebe nicht bereit sind, offene Stellenangebote den Arbeitsämtern zu melden. Besonders kraß wurde dieses Problem bei der "1. Donaustädter Kontaktmesse für Arbeitssuchende und Betriebe " aufgezeigt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen an den Bundesminister für Arbeit und Soziales nachstehende

### Anfrage

1. Welchen Modus wendet die Arbeitsmarktverwaltung an, um offene Stellen in Erfahrung zu bringen ?
2. Wie reagieren Sie auf die Tatsache, daß immer mehr Betriebe offene Stellen in Tageszeitungen inserieren und nicht den Arbeitsämtern melden ?
3. Können Sie abschätzen, wieviele offene Stellen zur Zeit nicht der Arbeitsmarktverwaltung gemeldet werden ?

4. Welche konkreten Gegenmaßnahmen werden Sie setzen ?

5. Können Sie sich eine Beschlußfassung über eine gesetzliche Meldepflicht offener Arbeitsplätze für Betriebe vorstellen ?